

„Wir haben unsere Pflichten erfüllt“

Gerichtspräsident Arslan sieht Türkei auf gutem Weg in die EU / Kein Kommentar zu Marco

Von unserem Redaktionsmitglied
Tina Mayer

Karlsruhe. Osman Arslan schüttelt energisch den Kopf. Zum Fall des Schülers Marco, der in der Türkei wegen sexuellen Missbrauchs angeklagt ist, möchte sich der Präsident des Obersten Gerichtshofs der Türkei nicht äußern. „Sie müssen verstehen, dass ich einen noch nicht abgeschlossenen Fall nicht kommentieren kann und darf“, sagt er dann. Sollte er den Fall des Realschülers aus Uelzen eines Tages selbst vorgelegt bekommen, „dann werden wir die nach den Rechtsnormen richtige Entscheidung treffen“, meint er schließlich diplomatisch.

Diese Haltung sei die notwendige Haltung aller Juristen weltweit, so Arslan. „Richter sind Menschen, die schweigen können und durch ihre Urteile sprechen.“ Der Präsident des Obersten Türkischen Gerichtshofs besucht derzeit mit einer Delegation in Karlsruhe den Bundesgerichtshof, das Bundesverfassungsgericht und die Bundesanwaltschaft. Gestern wurde er zudem im Rathaus der Fächerstadt empfangen. Ziel des Aufenthalts sei es, die Beziehungen zwischen den Institutionen weiter zu intensivieren, sagt Arslan. Im Mai des vergangenen Jahres hatte BGH-Präsident Günter Hirsch mit einer Delegation bereits das Land am Bosphorus besucht.

Das türkische Rechtssystem orientiere sich an westlichen Normen, betont Arslan und setzt hinzu: „Seit der Gründung der türkischen Republik im Jahr 1923 haben wir das westliche Rechtssystem übernommen.“ Auch speziell zwischen den Rechtssystemen der Türkei und Deutschlands gebe es sehr enge Beziehungen, etwa bei dem neuen türkischen Strafgesetz, das Anfang 2005 in Kraft trat. Zudem sei das Handelsgesetzbuch des Landes am Bosphorus von einem gebürtigen Deutschen entwickelt worden. Gewiss gebe es zwischen der Türkei und Deutschland kulturelle Unterschiede, aber: „Wenn es um das Rechtssystem eines

Landes geht, muss man einen gemeinsamen Rahmen anwenden“, betont der Präsident des Obersten Gerichtshofs.

Die Türkei habe da ihre Hausaufgaben gemacht und befinde sich auf einem guten Weg nach Europa. „Die Türkei will Mitglied der Europäischen Union werden“, hebt Arslan hervor. Das Land am Bosphorus habe sämtliche Normen des europäischen Rechts übernommen. „Wir haben demnach unsere Pflichten erfüllt, um Teil der EU zu werden“, sagt Arslan. Nun sei es an der Europäischen Union, ihren

Teil des Vertrages zu erfüllen. Weitere politische Äußerungen sind dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs nicht zu entlocken. Angesprochen etwa auf das Kopftuch der türkischen Präsidentengattin Hayrünnisa Gül, das in der Türkei eine heftige Debatte auslöste, antwortet er ausweichend: „Das ist eine politische Frage – ich aber bin ein Mensch des Rechts.“

Und es werde schließlich auf der ganzen Welt nicht gern gesehen, wenn sich Richter in politische Debatten einmischten.



AUSTAUSCH: Osman Arslan (rechts) besuchte gemeinsam mit BGH-Präsident Günter Hirsch auch das Bundesverfassungsgericht und die Bundesanwaltschaft.
Foto: Aläbiso